

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=22921>

Online-Flyer Nr. 568 vom 29.06.2016

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=22955>

Online-Flyer Nr. 570 vom 13.07.2016

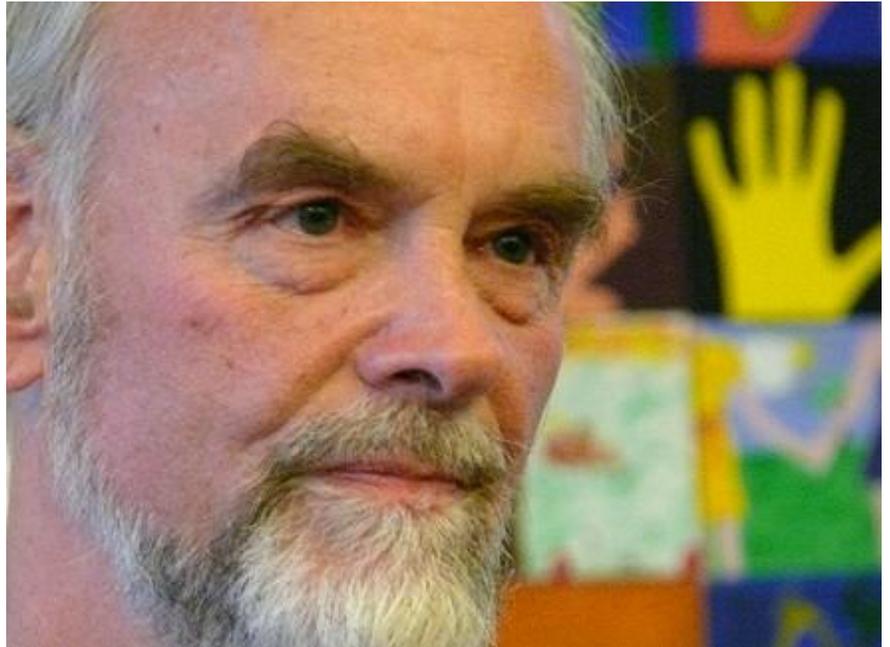
Kultur und Wissen

Fragen zur Frage "Warum schweigen die Lämmer?"

Der Mensch im Geflecht von Medien, Manipulation und Macht (1 & 2)

Prof. Rainer Mausfeld im
Interview mit Anneliese
Fikentscher und Andreas
Neumann

Die Hauptverantwortung einer
Regierung in einer "Demokratie"
ist, die Minorität der besitzenden
Klasse gegen die Majorität der
Nicht-Besitzenden zu schützen.
Eine repräsentative Demokratie
repräsentiert NICHT den Willen
des Volkes. Die bewusste und
intelligente Manipulation der
Verhaltensweisen und
Einstellungen der Massen ist ein
wesentlicher Bestandteil so
genannter "demokratischer"



Prof. Rainer Mausfeld beim Vortrag Aachener Friedenstag 2016
(Foto: arbeiterfotografie.com)

Gesellschaften. Solche seltenen

Sätze waren bei den Aachener Friedenstagen 2016 (Text [Teil 1](#) & [Teil II](#) und [Video](#)) zu hören - bei einem Vortrag zur Frage "Warum schweigen die Lämmer?", gehalten von Prof. Rainer Mausfeld, einem Psychologen und Kognitionsforscher an der Universität Kiel. Mit ihm hat die NRhZ nun ein vertiefendes Interview geführt, das wir in zwei Teilen wiedergeben. Und wieder begegnen uns Aussagen, die sich der herrschenden Ideologie in den Weg stellen: "Es ist nicht Aufgabe einer Regierung, die Wahrheit zu sagen." Oder: "Regierungen der westlichen Demokratien sehen die eigene Bevölkerung als ihren Hauptgegner an."

1. Sie haben in Vorträgen unter dem Motto "Warum schweigen die Lämmer?" Strategien der Herrschaftssicherung beleuchtet. Von welcher Seite hat es darauf welche Reaktionen gegeben? Zustimmung, Ignoranz, Kritik, Drohungen?

Das Echo in Form von Zuschriften ist überraschend groß. Die überwiegend positive Resonanz und der Inhalt der meisten Zuschriften zeigt mir vor allem, wie groß das Unbehagen über Leitmedien und öffentlich-rechtliche Medien ist, durch die sich viele in systematischer Weise fehlinformiert fühlen. Zudem zeigen die Zuschriften, wie hoch das Bedürfnis ist, die mediale Fragmentierung zu überwinden und übergeordnete politische Sinnzusammenhänge zu erkennen, durch die sich die Flut hochgradig selektierter und ideologisch verzerrter Informationen wieder in ihren politischen Zusammenhang setzen läßt.

2. *Zum Desaster der "Aufklärungs"-Bestrebungen. Es gibt Gegensatzpaare, von denen einige lauten: Neoliberalismus und Demokratie sind unvereinbar, real existierende Gewerkschaften und (marxistischer) Klassenkampf mit dem Ziel des Systemwechsels sind Antipoden, Aufklärung und Tabu widersprechen sich. Es handelt sich um klassische Themen der "Linken". Doch es ist zu beobachten, wie die sich in der repräsentativen "Demokratie" etabliert haben oder etablieren wollen (Stichwort: Atlantiker). Wo sind die entscheidenden aufklärenden Debatten zu führen? Wie nehmen wir „linke Programme“ in die Pflicht? Wie enttarnen wir deren Einbettung ins (neoliberale) System? Wie enttarnen wir Vernebelungsgeschosse wie "Querfront" und "Anti-Amerikanismus" und "Verschwörungstheorie"?*

Auch Kernelemente der Aufklärung lassen sich als politischen Gegensatzpaare formulieren: nämlich Demokratie im Gegensatz zu einem Führerprinzip oder einer Elitenherrschaft sowie ein universeller Humanismus im Gegensatz zu Rassismus, Chauvinismus und ethnisch exklusivem Nationalismus. Genau auf diesen Kern geht das linke Programm historisch zurück. Hierin liegen also weiterhin die Ideale für eine Art linken Minimalkonsens, nämlich in einem universalistischen Humanismus und einer radikal demokratischen Gesellschaftsorganisation, an der ein jeder einen angemessenen Anteil an allen Entscheidungen hat, die seine ökonomisch und gesellschaftliche Situation betreffen. Bereits daraus ergibt sich, dass Neoliberalismus und Demokratie unvereinbar sind. Denn der Kapitalismus klammert einen für die Gestaltung einer Gesellschaft zentralen Bereich - die Wirtschaft - von einer demokratischen Kontrolle aus und verzweckt Menschen zur Ausbeutung als Lohnarbeiter. In diesem Sinne bedeutet Linkssein zwangsläufig, anti-kapitalistisch zu sein. Die grundlegende Unvereinbarkeit von Kapitalismus und Demokratie - jedenfalls Demokratie in einem ernsthaften Sinne - hat sich mit all ihren desaströsen gesellschaftlichen Folgen in den vergangenen Jahrzehnten immer deutlicher gezeigt.

Die von Ihnen genannten ‚Vernebelungsgeschosse‘ sind ohne inhaltliche Substanz. Sie bereiten aber der Linken ziemliche Probleme. Denn sie haben für weniger Informierte eine Art Oberflächenplausibilität, durch die sich leicht Zweifel und Unsicherheiten säen lassen. Die Linke kommt also gegenwärtig auch von innen unter einen Zersetzungsdruck, der von unterschiedlicher Seite gefördert wird. Zum einen gibt es ein ganzes Spektrum dezidiert anti-linker, explizit chauvinistisch-rassistischer Gruppierungen, die sich aber ‚links‘ nennen. Zum anderen gibt es Formen eines sich als ‚links‘ bezeichnenden Reformismus, der innerhalb der bestehenden Machtverhältnisse einige Korrekturen anzubringen sucht, in dem Glauben, dass soziale Reformen gleichsam symbiotisch im Konsens mit den herrschenden Eliten durchgesetzt werden können. Das ist angesichts geschichtlicher Erfahrungen eine einigermaßen absurde Position, weil alle echten Reformen bisher nur in sozialen Kämpfen durchgesetzt wurden - und mehr noch, es gerade reformistisch-sozialistische und sozialdemokratische Parteien waren und sind, die in Europa das neoliberale Projekt am konsequentesten vorangetrieben und rechtlich verankert haben. - Der Reformismus verdeckt ja die tatsächlichen Machtverhältnisse und suggeriert, dass soziale Kämpfe weitgehend überflüssig seien.

Zur Vernebelung trägt auch bei, dass die Neue Rechte und rechtspopulistische Strömung sich eines linken Vokabulars und - bei oberflächlicher Betrachtung - auch einiger Themen der Linken – wie Medienkritik, Demokratiedefizite der EU, Kritik US-amerikanischer Hegemonialbestrebungen etc. – bedienen. Bei der Neuen Rechten verbirgt sich jedoch dahinter eine ganz andere Stoßrichtung, nämlich eine nationalistische Agenda, die die Ursachen dieser Problemfelder in einer Schwächung der ‚ethnischen Volksgemeinschaft‘ verortet und entsprechende autoritäre Therapien empfiehlt.

3. *Wie bewerten Sie den Vorwurf "Lügenpresse" im Kontext der gesellschaftlich geschmähten Pegida-Bewegung, die sich als Nachfolgerin der 1989er "Wir sind das Volk"-Bewegung darstellt. Ist mit Verwendung des Begriffs "Lügenpresse" alle Medienkritik vom Tisch? Ist der Begriff damit*

kontaminiert und „außerhalb der gedanklichen Grenzen“ gestellt. Wer profitiert davon? Als wie rechts-extrem – und damit wesentlich gefährlicher – sind Krieg führende deutsche und west-imperialistische Kräfte zu markieren?

Der Vorwurf der ‚Lügenpresse‘ geht inhaltlich an den wirklichen Problemen vorbei und steht zudem im Kontext einer anderen politischen Agenda. Er bezieht sich gar nicht auf eine ernstgemeinte Kritik der Rolle von Medien in einer Demokratie. Dieser Vorwurf bezieht sich direkt oder indirekt immer auf genau die eine ‚Lüge‘: Dass nämlich der demokratische Staat zu schwach sei, sich gegen die Ansprüche von ‚Eindringlingen‘ zu wehren, und dass die Medien die Bürger nicht darüber aufklärten, wie sehr die Ordnung und Intaktheit der ‚ethnischen Volksgemeinschaft‘ durch ‚Eindringlinge‘ gefährdet sei. Die ‚Therapie‘ ergibt sich aus solchen nationalistischen und rassistischen Prämissen von selbst: Das ‚Fremde‘ müsse kraftvoll abgewehrt werden und ‚zersetzendes Denken‘ – insbesondere also die ‚Humanitätsideologie‘ der Aufklärung und linkes Gedankengut – müsse bekämpft werden. Vom Vorwurf der ‚Lügenpresse‘ profitieren also alle diejenigen, die Vertrauen in staatliche Institutionen und Medien allein aus dem Grund zu erodieren suchen, um einen autoritären exkludierenden Nationalstaat zu errichten. Im übrigen nähren sich letztlich alle großen Parteien ebenso wie die AfD von den gleichen Früchten neoliberaler Politik und den dem Neoliberalismus zugrunde liegenden Ressentiments gegen alles ‚Schwache‘.

Der Vorwurf der ‚Lügenpresse‘ lenkt also nur von einer ernsthaften Medienkritik ab. Denn zum einen ist die Lüge wesentlicher Bestandteil von Machttechniken. Sie wird, wie der US-amerikanische Politologe John Mearsheimer in seinem Buch *Why Leaders Lie* vor allem gegenüber der eigenen Bevölkerung eingesetzt; das ist kaum überraschend, weil die Regierungen der westlichen Demokratien die eigene Bevölkerung als ihren Hauptgegner ansehen. Lüge und Macht bilden schon immer eine enge Verbindung. Je mehr also Journalisten - und vor allem Alpha-Journalisten - selbst politische Macht ausüben wollen, um so stärker werden sie sich der Lüge bedienen. Zum anderen ist der Normalfall ideologischer Verzerrungen der politischen Berichterstattung von ‚Nachrichten‘ in seiner Indoktrinationswirkung sehr viel folgenschwerer als der Fall der Lüge. Die ‚erfolgreichen‘ Journalisten der Leitmedien und auch der öffentlich-rechtlichen Medien sind nämlich in der Regel durch die beruflichen Karrierefilter so gründlich indoktriniert, dass sie gar nicht lügen müssen: Sie glauben, was sie schreiben. Bereits durch die Auswahl des ‚Nachrichten‘-Materials, durch die Art der Kontextualisierung und durch die Vermischung von Information und Kommentar lässt sich die Indoktrinationsfunktion sehr viel effizienter gewährleisten als durch den Fall bewusster Lügen. Dass also bei allen relevanten politischen Themen die privaten und auch – zumindest in den Kerneinschaltzeiten - die öffentlich-rechtlichen Medien mehr Indoktrinations- als Informationsmedien sind, ist nicht lediglich ein Vorwurf, sondern eine Tag für Tag in überwältigender Weise empirisch bestätigte Tatsache.

4. *Sie vertreten die Auffassung, dass es für "Linke" (also der Aufklärung verpflichtete Menschen) sinnvoll ist, sich vorrangig mit der globalen Hauptmacht, dem US-Imperium, zu befassen. Nun spielt aber in der "Linken" die These vom Hauptfeind im eigenen Land (Deutsches Kapital, deutscher Imperialismus) eine erhebliche Rolle. Wie bewerten Sie dieses Phänomen?*

Wir haben natürlich die Verpflichtung, den Blick zunächst auf diejenigen Machtfaktoren zu richten, für die wir unmittelbar mitverantwortlich sind. Und es gibt in der Tat einen aggressiven deutschen Wirtschaftsnationalismus, wie er vor allem von Wolfgang Schäuble vorangetrieben wird – besonders aggressiv im Fall Griechenland. Auch verfolgt Deutschland nicht nur in der EU, sondern auch global immer offensiver eigenständige geopolitische Ziele – unter der Formel, dass Deutschland „mehr Verantwortung übernehmen müsse“ und daher die Rüstungsausgaben erhöhen müsse. Zudem spielt es eine zentrale Rolle bei der zunehmend enger werdenden Verzahnung von EU und NATO. Auch SPD und Grüne vertreten außenpolitisch ja seit langem einen klar nationalistischen Kurs, den sie freilich in eine liberalere innenpolitische Agenda einpacken und hinter Etiketten wie ‚Wirtschaftsstandort stärken‘ oder ‚humanitäre Intervention‘ verbergen.

Das alles ist Anlass genug zur Besorgnis und darf nicht aus dem Fokus der Öffentlichkeit geraten. Global hingegen bleiben natürlich die USA weiterhin der wirkungsmächtigste Faktor – und zwar militärisch, wirtschaftlich und im gesamten Feld der Meinungssteuerung. Das ist die von ihnen selbst deklarierte „full spectrum dominance“ der gegenwärtig einzig verbliebenen Supermacht. Dieser Anspruch auf eine vollständige Dominanz schließt neben dem militärischen und wirtschaftlichen Bereich auch den Weltraum, den Cyberspace und den Bereich der öffentlichen Meinung ein. Obama hat 2015 noch einmal den Willen und die Möglichkeit der USA bekräftigt, global die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu formen („our ability to shape world opinion“). Hinzu kommt der von den US-amerikanischen Machteliten explizit deklarierte ‚Exzeptionalismus‘, dem zufolge die USA durch ihre Geschichte und ihre Machtfülle eine so ‚außergewöhnliche‘ Nation seien, dass sie durch internationale Verträge nicht gegen ihre Interessen gebunden werden können und frei entscheiden können, ob und in welcher Weise sie sich an internationale Vereinbarungen halten oder nicht. Im Mai 2016 hat Obama noch einmal festgestellt: „Andere Länder sollten nach den Regeln spielen, die die USA und ihre Partner setzen, und nicht umgekehrt.“ Damit beantwortet sich die Frage, welches Gewicht man in politischen Analysen den USA beimessen sollte.

5. Sie sehen im Steuern von Meinung mittels Propaganda ein entscheidendes Herrschaftsinstrument. Welche Rolle spielen dabei so genannte False-Flag-Operationen, wie z.B. Reichstagsbrand, Sender Gleiwitz, Pearl Harbor, 9/11 usw., wenn also Ereignisse unter falscher Flagge inszeniert werden und diese dann propagandistisch ausgeschlachtet werden?

Natürlich gibt es solche Operationen, weil Machtsysteme sich aller Mittel bedienen, ihre Macht zu erhalten und zu erweitern. Sie stellen dabei jedoch nicht den normalen Operationsmodus dar. Denn sie sind für die Herrschenden durch die unkalkulierbaren Konsequenzen im Falle einer Aufdeckung ein relativ gefährliches Mittel. Für den normalen Operationsmodus gibt es sehr viel effizientere Mittel, die weniger risikobehaftet sind. In jedem Fall bilden False-Flag-Operationen nur den Extrempunkt auf einem großen Kontinuum von Staatsterrorismus. Dieser Staatsterrorismus dient häufig dazu, ein Bedrohungsszenarium zu schaffen, das die Kriegsbereitschaft der Bevölkerung erhöht oder auch die Bereitschaft, die Schaffung eines autoritären Sicherheitsstaates voranzutreiben. Das hatte der Sicherheitsberater der Carter-Regierung Zbigniew Brzezinski bereits klar auf den Punkt gebracht, dass nämlich ein multikultureller Staat wie die USA für einen Konsens in außenpolitischen Angelegenheiten oftmals darauf angewiesen ist, ein wirklich massives Bedrohungsszenarium („a truly massive and widely perceived direct external threat“) zu schaffen.

Wir müssen also strukturelle und institutionelle Formen von Staatsterrorismus, der besonders in Krisenzeiten zum normalen Operationsmodus von Staaten gehört, unterscheiden von den Extremfällen der False-Flag-Operationen. In Fällen, in denen tatsächlich False-Flag-Operationen durchgeführt wurden, sind diese in der Regel wegen ihrer möglichen Konsequenzen so geheim organisiert, dass es praktisch kaum mehr möglich ist, sie zweifelsfrei als solche nachzuweisen. Zudem sind wohl in den meisten Fällen die Konsequenzen, die aus einer Offenlegung resultieren würden, zwar für die jeweils politischen Verantwortlichen fatal, nicht jedoch für die Strukturen, die diese Form des Staatsterrorismus hervorbringen. Es würde also bestenfalls auf personeller Ebene Konsequenzen geben, nicht jedoch auf einer tiefer liegenden Ebene der jeweiligen Machtsysteme.

So wichtig es also ist, alle Fälle von Staatsterrorismus aufzudecken und ihre Systematik zu enthüllen, so unproduktiv ist es, überwiegend auf ungeklärte und oft kaum mehr klärbare Einzelfälle zu fokussieren statt auf die strukturellen und institutionellen Zusammenhänge, auf deren Grundlage Staatsterrorismus erst möglich ist. Es gibt beliebig viele Fälle von Staatsterrorismus - etwa die Drohnenmorde -, die immer wieder und mit strukturbedingter Dauerhaftigkeit und Regelmäßigkeit erfolgen, die gut dokumentiert und die – nicht nur in den Opferzahlen - von vielfach größerer Auswirkung sind als vermeintliche oder tatsächliche False-

Flag-Operationen. Eine überwiegende Fokussierung auf konkrete Einzelfälle derartiger Operationen zieht die politische Aufmerksamkeit von dauerhaften strukturellen Faktoren, also vom normalen Operationsmodus, ab und bindet auf diese Weise politische Veränderungsenergie. Wie im Fall der Erzeugung von Astroturf-Bewegungen - also den von interessierter Seite künstlich ins Leben gerufenen und als Grassroot-Bewegung verkleideten sozialen Bewegungen – ist auch die Erzeugung und Förderung von False-Flag-Spekulationen für die Herrschenden ein willkommenes Mittel, mit dem sich systematisch Protestpotential neutralisieren und binden lässt.

5.1 *Sie raten dazu, sich weniger mit der besonderen Form des Staatsterrorismus, den False-Flag-Operationen, zu befassen, sondern vorrangig mit den "normalen" Formen - wie z.B. den Drohnenmorden. Sicherlich haben False-Flag-Operationen in der Regel weniger Opfer zur Folge. Aber sind sie nicht ganz entscheidend und zentral bei der Erzeugung der Feindbilder, die den "normalen" Staatsterrorismus legitimieren und in vielen Fällen den "normalen" Krieg überhaupt erst möglich machen, so dass ihnen eine Art Schlüsselfunktion zukommt (z.B. Sender Gleiwitz für den Beginn des Zweiten Weltkriegs, Pearl Harbor für den Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg, 9/11 für den so genannten "Krieg gegen den Terror")?*

Konkrete terroristische Akte - unabhängig davon, ob es sich um False-Flag-Operationen handelt oder nicht - sind natürlich besonders geeignet für eine prompte Angsterzeugung und für die rasche Herstellung von politisch erwünschten Feindbildern. Gleiches gilt für entsprechende Lügen und Täuschungen, wie den Tonkin-Zwischenfall oder die Brutkasten-Lüge. Ich glaube nicht, dass für die Feindbilderzeugung False-Flag-Operationen eine besondere Rolle spielen oder überhaupt erforderlich sind. Wir müssen uns immer wieder klarmachen, dass es gerade die abendländische Kultur in der Entwicklung von Techniken zur Produktion von Feindbildern zu einer besonderen ‚Virtuosität‘ gebracht hat. Rassismus in unterschiedlichsten Varianten, Anti-Kommunismus und Islamfeindlichkeit sind nur einige Beispiele. Insbesondere Kolonialismus und Imperialismus wurzeln in kulturell tief verankerten Feindbildern. Folter und Drohnenmorde würden von der Bevölkerung nicht mit einer solchen moralischen Apathie hingenommen, wenn ihr nicht zuvor entsprechende Feindbilder eingepflanzt worden wären. Hinzu kommt, dass moderne Indoktrinationsmethoden in Verbindung mit den Massenmedien ein Arsenal zur schnellen und tiefenwirksamen Feindbildererzeugung bereitstellen, dessen Wirksamkeit von uns zumeist gravierend unterschätzt wird.

5.2 *Sie vertreten die Auffassung, eine überwiegende Fokussierung auf das Thema False-Flag ziehe die politische Aufmerksamkeit von dauerhaften strukturellen Faktoren, also vom normalen Operationsmodus, ab und binde auf diese Weise politische Veränderungsenergie. Ist es aber nicht eher so, dass in der Linken und der Friedensbewegung eine viel zu geringe Bereitschaft besteht, die Bedeutung von False-Flag-Operationen zu sehen - besonders, wenn es um das Extremereignis 9/11 und die daraus folgende Legitimierung eines "nicht endenden" Krieges geht? Unserer Meinung nach wird ganz systematisch versucht, dieses Themenfeld auszublenden - durch Stigmatisierung von kritischen Stimmen z.B. mittels des Unworts "Verschwörungstheoretiker". Und ist es nicht so, dass dies auch deshalb so gut gelingt, weil viele Menschen sich die Perversion nicht vorstellen können, dass die Eliten Teile der eigenen Bevölkerung umzubringen bereit sind, um damit Kriegsstimmung zu erzeugen?*

Es gibt grundsätzlich eine zu geringe Bereitschaft, sich mit der jahrzehnte- und jahrhundertelangen Kontinuität gravierender Verletzungen unserer eigenen moralischen und politischen Normen auseinanderzusetzen und daraus Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen. Der sog. ‚Krieg gegen den Terror‘, der bislang weit über eine Millionen Tote gefordert hat, zahlreiche Länder in Schutt und Asche gelegt und ihre staatlichen Strukturen zerstört hat und bis heute

5-7 Billionen Dollar an Steuergeldern verschlungen hat, ist ein Verbrechen von einer derartigen historischen Monstrosität, dass es intensivster Indoktrination bedarf, um die natürlichen moralischen Sensitivitäten der Bevölkerungen der ‚westlichen Wertegemeinschaft‘ nahezu

vollständig zu sedieren.

Wenn sich eine solche moralische Apathie so erfolgreich bei einem so großen und vergleichsweise so gut dokumentierten Verbrechen erzeugen läßt, erscheint mir in dem unwahrscheinlichen Fall, dass ein unstreitiger und zweifelsfreier Beweis erbracht werden könnte, dass 9/11 ein Inside-Job war, die Erwartung begründet, dass die öffentliche Empörung nur kurzzeitig aufflammen würde und dann rasch durch die bewährten medialen Methoden wieder unter Kontrolle gebracht werden würde. An den Machtstrukturen würde sich also selbst in diesem Fall nichts wesentliches ändern.

Auch die Hoffnung, dass ein Bekanntwerden der Ermordung eigener Bürger durch den Staat ein systemveränderndes Ausmaß an Empörung auslösen könnte, erscheint mir angesichts historischer Fakten unbegründet. Es gibt – jenseits von Kriegen, in denen stets Teile der eigenen Bevölkerung ‚fürs Vaterland‘, also für seine Machteliten, verheizt wurden und werden – genügend historische Beispiele dafür, dass Regierungen bereit sind, Teile der eigenen Bevölkerung gravierend zu schädigen oder umzubringen. Viele dieser Fälle sind zweifelsfrei dokumentiert; beispielsweise 1957 in Nevada die Atombombentests der Operation Plumbbob, in deren Rahmen aus medizinisch-militärischen Versuchsgründen fast zwanzigtausend US-Soldaten – neben 1200 Schweinen – bewußt und ungeschützt nur wenige Kilometer vom Detonationsort den radioaktiven Einwirkungen ausgesetzt wurden, mit den vorhersehbaren Folgen. Es ist ein erst durch lange Indoktrination hervorgebrachtes Mißverständnis zu denken, dass es Aufgabe eines Staates sei, das Leben seiner Bürger zu schützen.

Es bleibt Ihre allgemeinere Frage, welche Aufmerksamkeit man im Rahmen linker Aufklärungsbemühungen potentiellen False-Flag-Operationen zumessen sollte. Die Antwort auf diese Frage scheint mir davon abzuhängen, wie man eine vorgeordnete Frage beantwortet: In welchem Bereich ist man persönlich in der Lage und befähigt, im eigenen Wirkungsumfeld zu einer Aufklärung über gegenwärtige Machtstrukturen, ihre Wirkungsweise und ihre Auswirkungen beizutragen? Für mich persönlich ist die Antwort hierauf nicht schwer. Ich muß mich bei einer solchen Aufgabe auf diejenigen Fälle gravierender Verletzungen moralischer und politischer Normen beschränken, in denen die Faktenlage – ein Minimum an Rationalität vorausgesetzt – unstreitig ist, so daß ich auf dieser Basis die Aufmerksamkeit auf die moralische Bewertung dieser Fakten richten kann. Dazu muß ich kein Spezialist sein, denn wir alle verfügen über die erforderlichen moralischen Sensitivitäten; zudem reichen einfache Denkmethoden, um moralische Doppelstandards identifizieren zu können. Andere mögen ihre Schwerpunkte anders setzen; hier ist viel Spielraum für persönliche Präferenzen. Bedenklich wird es jedoch, wenn im Rahmen ernsthafter linker Aufklärungsbemühungen Personen oder Gruppen allein wegen ihrer Themenpräferenzen diffamiert werden und auf diese Weise von innen ein Beitrag zur Zersetzung der Linken geleistet wird.

6. Sie bewerten den Begriff "Verschwörungstheorie" als Instrument der Gegenaufklärung. Warum? Gibt es keine Verschwörungen?

Natürlich kann es Ereignisse geben, die sich zutreffend als Verschwörung charakterisieren lassen. Der Begriff ‚Verschwörungstheorie‘ ist jedoch ein ideologisch zutiefst verseuchter Begriff. Wir sollten daher in der Regel auf ihn verzichten. In der Sache bleiben dann zwei Punkte zu klären. Zunächst der ganz banale Punkt, dass - wie bei jedem Verbrechen - auch bei jedem Akt von Staatsterrorismus die Öffentlichkeit ein Recht auf Aufklärung hat. Dabei darf sie sich – was eigentlich eine Binsenweisheit ist – nicht von der naiven Auffassung leiten lassen, dass sie von der jeweiligen Regierung angemessen unterrichtet wird. Denn es ist nicht Aufgabe einer Regierung, die Wahrheit zu sagen. Die Aufgabe einer Regierung liegt vorrangig darin, dem Staatswohl zu dienen, wozu sie aus naheliegenden Gründen vor allem zählt, ihre Stabilität zu sichern. Dabei kann sie sich eines großen Instrumentariums bedienen, zu dem Lüge, Täuschung – und bisweilen auch die Wahrheit gehören kann.

Der zweite Punkte, den es zu klären gilt, ist die Funktion des Begriffs ‚Verschwörungstheorie‘ im politischen Diskurs. Bei der Erklärung komplexer Ereignisse weisen Verschwörungskonzeptionen offensichtlich eine besondere Faszination auf uns auf. Das liegt an einer natürlichen Disposition unseres Geistes: Wir neigen bei der gedanklichen Organisation unserer Erfahrungen zu einem ‚Konkretismus‘, wir sind also auch gedanklich ‚Sinnesmenschen‘. Bei der Zuschreibung von Ursachen zu Ereignissen haben wir eine Vorliebe für konkrete, sinnlich fassbare Ursachen. Bei sozialen Ereignissen haben wir insbesondere eine Vorliebe für konkrete personale Zuschreibungen. Wir neigen also von Natur aus dazu, uns bei einer Ursachenanalyse komplexer Ereignisse lieber mit dem konkreten Einzelfall und mit konkreten Personen zu beschäftigen als mit institutionellen Eigenschaften der Machtstruktur, in der sie sich ereignet haben. Diese Neigung läßt sich für Ziele der Meinungskontrolle gut ausnutzen. Denn als Folge unserer konkretistischen Dispositionen sind wir nahe ‚kognitiv blind‘ für Vorgänge, die sich in einem weiteren und metaphorischen Sinne als ‚Verschwörungen‘ bezeichnen ließen, die jedoch nicht sichtbare konkrete Einzelfälle betreffen, sondern abstrakte institutionelle Aspekte. Denn derartige Vorgänge sind kaum geeignet, unsere natürliche Aufmerksamkeit und unser Interesse zu wecken; sie geraten dadurch aus dem politischen Fokus. Ein gegenwärtig besonders folgenschweres Beispiel ist die Schaffung eines internationalen Rechts - wie TTIP - , das Konzerne gegen die letzten Reste von nationalen Beschränkungen zu immunisieren sucht und das der organisierten Kriminalität der besitzenden Klasse in gleicher Weise ein rechtliches Fundament geben soll, wie dies beim organisierten Landraub der Feudalherren im Feudalismus der Fall war.

Daher kommen Verschwörungskonzeptionen für Ereignisse, die sich unserer Erklärung entziehen, unseren natürlichen Dispositionen entgegen. Sie sind ihrer Natur nach geeignet, eine breite Resonanz in der Bevölkerung und eine - politisch in der Regel folgenlose - Empörung hervorzurufen. Zugleich lenken sie in den meisten Fällen die Aufmerksamkeit von den andauernden und strukturellen Machtfaktoren, und somit von den Zentren der Macht, ab und richten sie auf einen konkreten Einzelfall, dessen konkrete Ursachenfaktoren im nachhinein oft kaum noch zu entschlüsseln sind. Das bindet politische Veränderungsenergien und trägt letztlich zu einer Entpolitisierung eines Empörungspotentials bei. Deswegen gehören ‚Verschwörungstheorien‘ für die Machteliten zu den Instrumenten des Empörungsmanagements. Dabei verfolgen sie eine Doppelstrategie zur Bindung und Neutralisierung politischer Veränderungsenergien: einerseits durch Förderung und Verbreitung von ‚Verschwörungstheorien‘ über alle möglichen Arten von Ereignissen, andererseits durch eine konsequente Entwertung und Ausgrenzung solcher Konzeptionen aus dem zulässigen öffentlichen Denkraum. Auf diese Weise wird das aktivierte Empörungspotential marginalisiert und politisch neutralisiert.

7. Ein wichtiges Instrument zur Manipulation der Massen, insbesondere zur Konditionierung in Richtung Krieg, sind Feindbilder. Warum sind Menschen so anfällig dafür? Wie gelingt es den Eliten, Feindbilder zu konstruieren und wirksam werden zu lassen?

Die Klassifikation in ‚Freund‘ und ‚Feind‘ ist eine Grundkategorie der Organisation sozialer Prozesse, die zu der natürlichen Konzeptausstattung unseres Geistes gehört. Sie ist, wie die große Vielfalt der Kulturentwicklung zeigt, in hohem Maße durch Erfahrungen formbar. Das macht sie in besonderem Maße anfällig für Manipulationen. Daher haben sich zur Manipulation der Massen seit je alle Herrschaftssysteme darum bemüht, die Klassifikation als ‚Feind‘ in einer für ihre Ziele geeigneter Weise zu manipulieren. Dazu reicht wenig, und die erforderlichen Manipulationstechniken sind recht einfach.

Der Soziologe Harold Lasswell hatte schon 1930 in seinem Standardwerk zur Propaganda darauf hingewiesen, dass man die Bevölkerung niemals im Unklaren darüber lassen dürfe, wen sie zu hassen habe – eine Auffassung, die sich gegenwärtig seine Schüler in den Redaktionsstuben unserer Leitmedien mit einer ideologischen Besessenheit zu eigen machen, die in ihrer Maßlosigkeit der antikommunistischen Hetze des Kalten Krieges nicht nachsteht.

Die Anzahl der Möglichkeiten, wie dies zu bewerkstelligen ist, ist durch die Komplexität unseres Geistes praktisch unbeschränkt. Auf individueller Ebene haben sich Dämonisierung und Hitler-Vergleiche sehr bewährt. Auf kollektiver Ebene ist es wichtig, den ‚anderen‘ – ob ‚Feind‘, ‚Eindringling‘ oder Objekt unserer ‚Zivilisationsbemühungen‘ - als weniger human, als ‚Untermensch‘, erscheinen zu lassen, als jemand, der weniger ‚Anteil‘ am ‚Menschsein‘ hat.

Die Psychologie hat eine Vielzahl von Befunden darüber gewonnen, dass Menschen derjenigen Menschengruppe, zu der sie sich selbst zählen, der sog. Ingroup, alle Kerneigenschaften dessen zuschreiben, was für sie Menschsein ausmacht. Zugleich schreiben sie Mitgliedern fremder Gruppen, sog. Outgroups, diese Eigenschaften in geringerem Maße zu. Es kennzeichnet uns als Menschen, dass wir von Natur aus über eine einzigartige Flexibilität verfügen, auf der Basis nahezu x-beliebiger Merkmale, sei es Herkunft, Kultur, Religion, Hautfarbe, Geschlecht oder sexuelle Orientierung, andere aus unserer ‚Ingroup‘ auszugrenzen und ihnen damit das zu verwehren, was wir als elementare Menschenwürde für die als ‚Unseresgleichen‘ Empfundene beanspruchen.

Folglich sind ‚unsere‘ Toten mehr zu beklagen als ‚ihre‘ Toten. Ein solches affektives Vorurteil – eine sog. Dehumanisierung oder Infrahumanisierung – ist also ein ganz alltägliches psychologisches Phänomen, dessen wir uns jedoch in der Regel nicht bewußt sind. Es hilft uns bei unserer affektiven Stabilisierung des Status quo und schützt uns davor, affektive Energie in Form kreatürlichen Mitleids mit dem Leiden anderer an ‚Fremde‘ zu verschwenden. Dieses Vorurteil ermöglicht uns auch, ohne besondere emotionale Erschütterung Berichte über Völkermorde, Kriege, Ausbeutung oder Sklaverei etwa in Afrika oder Asien zu lesen oder anzuschauen. Dieser Eigenschaften unserer eigenen Natur müssen wir uns bewußt werden und ihren Folgen durch Aufklärung und geeignete kulturelle Schutzmechanismen – wie sie beispielsweise in der Universellen Erklärung der Menschenrechte zum Ausdruck kommen – entgegenwirken.

8. *Sie stellen zwei Hauptaspekte von Empörungsmanagement dar: Empörung eindämmen innerhalb des Imperiums sowie Empörung anfachen außerhalb des Imperiums bei dessen Widersachern. Eine Frage bezogen auf das Eindämmen: inwieweit gehört zum Ablenken von den eigenen Verbrechen auch das gezielte Eröffnen von Nebenschauplätzen, auf denen Empörung sich austoben darf (z.B. alle "Demokraten" gemeinsam gegen Nazis)? Wie gelingt es, viele engagierte Menschen auf diese Schauplätze zu locken?*

Das ist in der Tat ein sehr wichtiges Phänomen, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen. Das Eröffnen derartiger Nebenschauplätze ist ein wesentlicher Teil der affektiven Steuerung der Bevölkerung. Das Spektrum entsprechender Möglichkeiten ist praktisch unbegrenzt. Es umfaßt die ganze Flut der Belanglosigkeiten, mit denen nicht nur die Regenbogenpresse die Aufmerksamkeit von allen relevanten gesellschaftlich-politischen Themen ablenkt. Auch Berichte über die ‚Gier‘ von Bankern, die Gehälter von Konzernvorständen und andere politisch folgenlose Personalisierungen von Verfehlungen von ‚denen da oben‘ lenken die Aufmerksamkeit von den relevanten Themen ab. Zudem eignet sich natürlich alles, was mit dem Thema ‚Terrorismus‘ (der anderen) zu tun hat, hervorragend für eine Ablenkung von eigenen Verbrechen. So sind - wie schon seit den Anfängen des Empörungsmanagements bekannt ist - die Möglichkeiten praktisch unerschöpflich, berechnete Empörung über gesellschaftlich unhaltbare Zustände oder über andere Verletzungen moralischer Normen zu nutzen und mit einem geeigneten Spin in die gewünschte Richtung politischer Wirkungslosigkeit zu treiben. Zudem läßt sich leicht durch eine Überflutung mit Empörungsanlässen eine Empörungserschöpfung erzeugen, die dann wieder die gewünschte politische Lethargie fördert.

Bündnisse wie alle *Demokraten gegen Nazis* oder *Aufstehen gegen Rassismus* mögen nützlich

sein, um eine gewisse Repolitisierung anzuregen, doch bergen sie zugleich die Gefahr, dass sie dazu beitragen, die Konturen der Wirkungsfaktoren verschwimmen zu lassen, die diesen Dingen ursächlich zugrunde liegen. So hat beispielsweise der Sozialhistoriker Immanuel Wallerstein die engen ökonomischen Bezüge von Kapitalismus und Rassismus aufgezeigt. Auch sollten wir nicht vergessen, dass rassistische Ressentiments gegen ‚Fremde‘ auch von den großen Volksparteien gesät und genährt worden sind. Das medial gesteuerte kollektive Gedächtnis ist auch hier kurz, und wir vergessen gerne Wolfgang Schäubles ‚Das Boot ist voll‘-Hetze oder Edmund Stoibers Ausdruck der „durchmischten und durchrassten Gesellschaft“ Anfang der 90er Jahre und die dann ‚völlig überraschend‘ erfolgten Pogrome in Rostock-Lichtenhagen oder Hoyerswerda. - Bündnisse, deren Gemeinsamkeiten in Zielen liegen, wie sie problemlos auch von jenen Parteien wie CDU/CSU, SPD oder Grüne geteilt werden können, die einen scharf wirtschaftsnationalistischen und neoliberalen Kurs verfolgen, bergen die große Gefahr, von den eigentlichen politischen Ursachen abzulenken.

9. Eine Frage bezogen auf das Anfachen von Empörung, Beispiel Arabischer Frühling: Wie ist erklärbar, dass der Arabische Frühling – obwohl es frühzeitig Hinweise darauf gab, dass er vom US-Imperium angefacht wurde – von "linken" Kräften u.a. in Deutschland als Revolution gefeiert wurde? Welche Mechanismen führen dazu, dass ein kritisches, an Aufklärung orientiertes Denken ausgeschaltet oder unterlaufen wird?

Diese Ereignisse im arabischen Raum waren in ihren Ursachen und in ihrem Verlauf recht komplex, und man müßte in die Details unterschiedlicher Länder gehen. Tunesien ist, auch in den Erfolgen, anders zu beurteilen als Ägypten, beide wiederum anders als etwa Syrien oder auch Libyen, wo die NATO zentral beteiligt war. Mir fehlt der Hintergrund, um diese Dinge im Einzelnen bewerten zu können. Jedenfalls gab es in den verschiedenen Ländern unterschiedliche lokale Ursachen, die eine Initialzündung bildeten. Doch war in vielen Ländern der Protestboden bereits gut durch eine Reihe von privaten regierungsfinanzierten US-amerikanischen Organisationen vorbereitet worden. Wie auch in anderen Fällen von ‚Volksrevolutionen‘ spielt auch hier das *National Endowment for Democracy* eine große Rolle. Darüber berichtete schon 2011 die *New York Times*, doch erinnere ich mich nicht daran, dass dieses Thema in unseren Medien aufgegriffen worden wäre. Wenn schon die relevanten Fakten fehlen, benötigt man gar keine besonderen Mechanismen mehr, um kritisches Denken auszuschalten. Hannah Arendt hatte schon darauf hingewiesen, dass Meinungsfreiheit eine Farce ist, wenn die Information über die Tatsachen nicht garantiert ist.

Jedenfalls unterstützten - gegen die Volksbewegungen - die USA und Großbritannien, solange es ging, den ägyptischen Diktator Mubarak, bis das Militär nicht mehr mitmachte, und die Franzosen den tunesischen Diktator Ben Ali. Dabei zeigt sich das bekannte Muster: Die USA schauen sich zunächst an, wie sich die Dinge entwickeln, und scheuen sich dabei auch nicht, eine Zeitlang beide Seiten zu unterstützen. Wenn sich herauskristallisiert, wer gewinnt, verstärken sie ihren Einfluß und Zugriff auf die vermutliche Gewinnerseite, bis alles wieder in ihrem Sinne unter Kontrolle ist. Denn ihnen ist eigentlich egal, wer gewinnt, ob Diktator oder auch ein fundamentalistischer Islamist, solange sie die Kontrolle behalten, vor allem über die ölreichen Länder. Insofern unterscheidet sich der Umgang mit den Aufständen in arabischen Diktaturen in nichts von den vorhergehenden Fällen, sei es Somoza in Nicaragua, Duvalier in Haiti, Marcos in den Philippinen, Mobutu im Kongo oder Suharto in Indonesien. Erinnern wir uns nur an Suharto. Er wurde von den USA als „Lichtblick in Asien“ bezeichnet und von Helmut Kohl als Freund, dem er "großen Respekt und Zustimmung" zolle. Da überrascht es nicht, dass unsere Medien dem von ihm zu verantwortenden und von den USA gebilligten Völkermord in Osttimor ebenso wenig Aufmerksamkeit geschenkt haben, wie den 1,5 Millionen Menschen, die während seiner antikommunistischen Hexenjagd ermordet wurden. Hier wie in allen anderen Fällen gilt: Selbst die brutalsten Diktatoren werden so lange gestützt, wie die Diktatur die Interessen der USA respektiert und innenpolitisch stabil ist; wird sie instabil, setzt man eben auf eine andere Karte und bedient sich dabei auch gerne demokratischer Rhetorik. Auch in all den genannten Fällen haben übrigens

unsere Medien wieder einen wertvollen Beitrag geleistet, die wichtige moralische Differenzierung zwischen zu dulddenden Massenmördern und unakzeptablen Massenmördern zu vermitteln.

Was den *Arabischen Frühling* angeht, so gab es dennoch einiges zu begrüßen. In einigen Ländern sind Entwicklungen in Gang gekommen - auch wenn sie in der Regel rasch und oft brutal wieder blockiert wurden -, deren längerfristige Auswirkungen schwer abzuschätzen sind. In jedem Fall waren damals viele Hoffnungen der Linken übertrieben und entsprangen ihren Sehnsüchten nach sozialen Bewegungen, mit denen sie sich identifizieren könnten. Aber sie entsprangen zugleich auch den üblichen westlichen Projektionen; denn in der Bewertung der Entwicklungen des *Arabischen Frühlings* zeigte sich wieder einmal das traditionelle Unverständnis der westlichen Perspektive für die gesellschaftlichen, kulturellen und historischen Besonderheiten des arabischen Raumes.

Die Sehnsüchte der Linken nach sozialen Bewegungen, die ihre Hoffnungen nähren könnten, waren nur zu verständlich. Das letztliche Scheitern der um 1990 so hoffnungsvoll begonnenen und zunächst auch durchaus erfolgreichen sozialen Bewegungen in Südamerika war eine schwere Enttäuschung. Und der Siegeszug der neoliberalen Revolution ‚von oben‘ hatte bei ihr nicht etwa zu einer Vitalisierung ihrer Kampfesenergien geführt, sondern eher zu einer Lähmung. Denn die neoliberale Indoktrination, die auf alle Lebensbereiche zielt, einschließlich der Konstitution des Selbst, hatte es auch mit sich gebracht, dass das soziale Protestpotential gleichsam privatisiert wurde und sich nun vorrangig um gesellschaftliche Lifestyles und Identitätsfragen dreht.

Es gab also ein großes Bedürfnis nach hoffnungsvollen Entwicklungen. Und 2011 war für die Linke ein sehr hoffnungsfrohes Jahr: in Spanien die Bewegungen ‚Echte Demokratie Jetzt!‘ und 15M - aus der dann 2014 *Podemos* als neue Partei entstand -, die zusammen mit dem *Arabischen Frühling* ein wichtiger Faktor bei der Entstehung der *Occupy Wall Street*-Bewegung waren. Die *Occupy*-Bewegung fiel relativ rasch wieder in sich zusammen, weil sie kein klares Ziel hatte und in Teilen weitgehend unpolitisch war. Zudem habe sie, so der Neoliberalismus-Kritiker Philip Mirowski, den gravierenden Fehler gemacht, ihren Gegner nicht wirklich zu kennen, es habe ihr also an einem wirklichen Verständnis dessen gemangelt, was sie bekämpfte.

Zurück zu Ihrer Frage, warum die Linke die Aufstände des *Arabischen Frühlings* so enthusiastisch und oft unkritisch als ‚Revolutionen‘ feierte: Die so lange aufgestauten und durch den Erfolg der neoliberalen Indoktrination blockierten Sehnsüchte nach hoffnungsvollen sozialen Bewegungen wurden – nicht zuletzt auch durch die Bewegungen in Spanien – wieder aktiviert und mit großer Intensität auf den Arabischen Frühling gerichtet. Wie immer wenn Affekte übermächtig werden, geht dies zu Lasten einer nüchternen kritischen Haltung, die sich vor einem Urteil - hier wie auch in allen anderen Fällen - zunächst die für eine Beurteilung relevanten Informationen zu verschaffen sucht.

10. *Von Rolf Hochhuth ist am 31. März 2016 zu seinem 85. Geburtstag sein neuestes Buch "Ausstieg aus der NATO" erschienen. Im Juli vergangenen Jahres hat er mit dem gleichen Titel einen Offenen Brief an Bundeskanzlerin und Bundespräsident gerichtet, der mit dem Satz endet: "Sie wissen, wenn Sie nicht sofort handeln – das heißt, unseren Austritt aus der NATO erklären –, werden diese Brecht-Zeilen (Das große Karthago führte drei Kriege...) zum Nekrolog auf Deutschland!" Die Herrschaftsmedien ignorieren Brief und Buch. Aber auch die "Linke" verhält sich im Wesentlichen nicht anders. Wie ist das erklärbar?*

Nun, das zeigt lediglich den normalen Operationsmodus der Medien. Eine zentrale ideologische Funktion der Medien liegt ja gerade darin, tagtäglich stillschweigend die Grenze zwischen ‚vernünftigen‘ und ‚unvernünftigen‘ Meinungen zu markieren und somit Positionen, die von den Machteliten als ‚unverantwortlich‘ - das bedeutet im wesentlichen: als bedrohlich für ihren Status - angesehen werden, aus dem öffentlichen Diskursbereich auszuschließen. Positionen - wie gut begründet sie auch sein mögen -, die außerhalb des als ‚vernünftig‘ markierten Bereichs liegen,

werden marginalisiert und für die Öffentlichkeit unsichtbar gemacht. Dagegen schützt auch keine Prominenz. Ein erhellendes Beispiel dazu war ja der im Dezember 2014 veröffentlichte Appell für eine andere Russlandpolitik. Dieser Aufruf *Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!* wurde von 60 prominenten Politikern und Künstlern unterzeichnet, die eindringlich vor einem Krieg mit Russland warnten. Zu den Unterzeichnern gehörten neben Horst Teltschik, einem langjährigen Leiter der *Münchener Sicherheitskonferenz*, u.a. Erhard Eppler, Roman Herzog, Otto Schily, Hans-Jochen Vogel und Antje Vollmer, also prominente Mitglieder der Machtelite. Dieser Aufruf erschien zwar in der ZEIT, wurde jedoch sofort durch ein Sperrfeuer von Kommentaren begleitet, die die Perspektive der NATO als die einzig ‚vernünftige‘ erscheinen ließen. Die *taz* tat sich dabei wieder einmal hervor, indem sie den Aufruf schlicht als „Bückling vor Putin“ abtat. Eine prominente Grünen-Politikerin bezeichnete ohne intellektuelle Beschwernis den Aufruf als eine „politisch-intellektuelle Zumutung“. Es fand sich auch rasch eine Reihe stets bereitwilliger Professoren, die einen Gegenaufruf von „100 Osteuropa-Experten“ – darunter so renommierte wie Sabine Adler und Marieluise Beck – veröffentlichten, der den offensichtlich von keiner Sachkenntnis getrübbten „Halbwahrheiten“ des Aufrufes die ‚Wahrheit‘ entgegenstellte, dass Russland der Aggressor sei. Kurz: Der Aufruf wurde von den Medien sofort als ‚unverantwortlich‘ markiert, marginalisiert und rasch für den öffentlichen Diskurs unsichtbar gemacht. Gleiches gilt für Steinmeiers Bemerkung - anlässlich des NATO-Manövers „*Saber Strike*“ und Polens Großmanöver „*Anakonda*“ -, dass „lautes Säbelrasseln und Kriegsgeheul“ an den Grenzen Russlands die Lage nur weiter anheize. Nur Stunden später markierten flächendeckend in allen Medien die Meinungs-Wachhunde der US-NATO-Allianz, wo die Grenzen eines ‚verantwortlichen‘ Meinungsspektrum liegen.

Das Muster ist also stets dasselbe. Davor ist niemand gefeit, möge er auch zu den Spitzen des Establishments gehören. Weder ein Hochhuth noch der Papst. Dieser hatte ja 2014 das kapitalistische Wirtschaftssystem „unerträglich“ genannt und auf die Tatsache hingewiesen, dass der Kapitalismus zu seinem Überleben auf Kriege angewiesen ist. Dabei übersah der Papst freilich, dass nicht das Wirtschaftssystem, sondern seine Kritik daran „unerträglich“ ist – ein ‚Irrtum‘, den dankenswerterweise die *Süddeutsche Zeitung* rasch richtigstellte: Da seine Kritik „im Stile der radikalen Linken“ sei, steht sie natürlich außerhalb des Spektrums ‚vernünftiger‘ Meinungen und braucht deswegen in dem von den Medien bestimmten öffentlichen Denkraum nicht weiter berücksichtigt zu werden.

Der Punkt ist also ein prinzipieller. Der renommierte politische Philosoph und Demokratietheoretiker Sheldon Wolin hat - noch einmal - darauf hingewiesen, dass unsere Form der Demokratie, die er als „*Managed Democracy*“ bezeichnet, ohne offene Unterdrückung von Dissidenten auskommt, solange diese politisch unwirksam sind, also den Zentren der Macht nicht gefährlich werden. Kritische Positionen lassen sich durch Aufmerksamkeitssteuerung und Marginalisierung und durch eine Markierung als ‚unverantwortlich‘ und ‚extrem‘ in nahezu unsichtbarer Weise höchst effektiv politisch neutralisieren.

11. *Bundesverband Arbeiterfotografie und Deutscher Freidenkerverband sind seit Mitte 2015 bestrebt, eine Kampagne unter dem Motto "NATO raus aus Deutschland - Deutschland raus aus der NATO" anzustoßen. Aus der "Linken" und der Friedensbewegung kommt bislang mehr Gegenwind als Unterstützung. Welches Vorgehen empfehlen Sie, um aus Ablehnung bzw. Ignoranz Zustimmung und Unterstützung werden zu lassen?*

Diese Frage berührt wichtige strategische Fragen des linken Projektes, die ja in der Linken intensiv und oft kontrovers diskutiert werden. Die Auflösung der NATO durch Austritt ihrer Mitgliedsstaaten ist zweifellos nicht nur ein erstrebenswertes Ziel, sondern geradezu eine Voraussetzung einer längerfristigen Friedenssicherung. Zunächst sollten wir uns daran erinnern, dass der NATO-Beitritt Deutschlands, als Teil der sog. Westintegration, auf massives Betreiben der USA 1955 auf völlig undemokratischem Wege und gegen den klaren Willen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung erfolgt ist und als Folge erst zur Gründung des *Warschauer Paktes* geführt hat. Die NATO wurde im *Kalten Krieg* - der übrigens nur für uns, nicht

jedoch für viele Länder der sog. Dritten Welt ein ‚kalter‘ war – nach ihrem eigenen Verständnis als ein ‚Sicherheitsbündnis‘ gegründet. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hätte sie eigentlich zusammen mit dem *Warschauer Pakt* aufgelöst werden müssen; sie sicherte jedoch ihre Existenz unter dem Mantel ‚Krisenmanagement‘ und ab 2001 als wichtiger Partner im US-amerikanischen „Kampf gegen den Terrorismus“. Damit trat der tatsächliche Charakter dieses ‚Sicherheitsbündnis‘ offen zutage, dass es nämlich bei ‚Sicherheit‘ darum geht, hegemoniale geopolitische und wirtschaftliche Interessen der US-geführten westlichen Allianz abzusichern. Diese Interessen hat die NATO in den vergangenen Jahren immer aggressiver verfolgt. Die Ausdehnung und Globalisierung der NATO stellt gegenwärtig die wohl größte Bedrohung für den Weltfrieden dar. Der NATO geht es gerade nicht um eine friedensorientierte Sicherheitsarchitektur, die selbstverständlich nur durch partnerschaftlichen Einbezug Russlands konzipiert werden kann. Der NATO geht es vielmehr gerade darum, Spannungen zu verschärfen, nicht zuletzt um durch die damit geschaffenen Bedrohungsszenarien die Kriegsbereitschaft der Bevölkerung zu vergrößern sowie deren Bereitschaft, die Kosten der gigantischen Kriegsmaschinerie zu tragen.

Das Beispiel Ukraine ist ja diagnostisch besonders erhellend. Der Osteuropa-Forscher Richard Sakwa hat hierüber ein im vergangenen Jahr erschienen Buch verfaßt, das als erste Darstellung des Ukraine-Konfliktes gilt, die den historischen und politischen Komplexitäten gerecht wird und um eine neutrale Perspektive bemüht ist. Er stellt darin fest, dass letztlich die Existenz der NATO durch die Notwendigkeit gerechtfertigt wird, genau diejenigen Sicherheitsbedrohungen zu bewältigen, die erst durch ihre Erweiterungen hervorgerufen werden. Die NATO schafft also durch ihr Handeln erst Bedrohungen, die sie dann in vollständiger Ursache-Wirkungs-Umkehrung Russland zuschreibt, um dann wiederum auf Grundlage einer solchen bewußten Faktenverdrehung ihr Handeln zu rechtfertigen. Unsere Leitmedien übernehmen diese Faktenverdrehung nicht nur, sondern befinden sich selbst im Rausch eines anti-russischen „Kriegsgeheuls“.

12. *Die Unsichtbarkeit (der durch Massenmedien verstümmelten Fakten) ist eine Ihrer Thesen zur Manipulierbarkeit der „Schafherde“. Die „gezielte Tötung“ ist aus den Nachrichtensendungen irgendwann über Nacht verschwunden. Was dazu geführt hat, ist uns unbekannt. Arundathi Roy („was betont und was weggelassen wird, zählt“) bezeichnet die „Medien“ als elementaren Bestandteil des neoliberalen Systems. Im Bundesverband Arbeiterfotografie betrachten wir – aus historischer Perspektive – Medienaufklärung als wesentliches Element unseres Engagements. Der Erfolg – vor allem innerhalb einer potentiell sich kritisch definierenden Klientel – ist begrenzt. Stattdessen geraten wir selbst ins Schussfeld. Was machen wir falsch?*

Am Thema ‚Medien‘ beißen sich ja viele die Zähne aus. Das dahinterliegende Problem ist ganz offensichtlich so breit und geht so in die Tiefe, dass es schwer ist, Menschen überhaupt über das Ausmaß dieses Problems aufzuklären, und noch schwerer, Veränderungsstrategien zu entwickeln. Die Medien stellen schon ihrer Natur nach in allen gesellschaftlichen Systemen - und vor allem in Demokratien - zusammen mit Erziehungssystemen, also Schulen und Universitäten, den zentralen Kern von Indoktrinationssystemen dar. Da wir selbst Produkte eines solchen Indoktrinationssystems sind und somit unsere gesellschaftlichen und politischen Weltbilder davon durchtränkt sind, ist es ein fortwährender und ausgesprochen mühsamer Prozeß, sich zumindest einiger Elemente dieser Indoktrination bewußt zu werden.

Nehmen wir nur das Beispiel der Drohnenmorde, das Sie ansprechen. Bei der Behandlung dieser Dinge in den Medien zeigt sich eine weitere wichtige Funktion der Medien. Sie sollen die Bevölkerung an die Normalität von Verletzungen internationaler Rechtsnormen – von Verletzungen moralischer Normen gar nicht zu reden - gewöhnen, die oftmals erst in einem mühsamen historischen Prozeß gewonnen werden konnten. Das ferngesteuerte US-Drohnen-Programm, bei dem willkürlich und völkerrechtswidrig auf der ganzen Welt Menschen - die überwiegende Mehrzahl davon unbeteiligte Zivilisten - ermordet werden, ist zweifellos das größte

systematisch-terroristische Programm der Geschichte. Dieses terroristische Programm wird – durch Ramstein – mit deutscher Unterstützung durchgeführt, was offensichtlich der Mehrzahl der Bürger hier keine sonderlichen moralischen Kopfschmerzen bereitet. Unsere natürlichen moralischen Sensitivitäten sind durch eine systematische mediale Indoktrination so sediert worden, dass wir dieses terroristische Programm als eine geradezu unvermeidbare Selbstverständlichkeit hinnehmen. Eine Bemerkung aus dem Jahr 2011 von Michael Hayden, dem CIA-Direktor der Regierung Bush, macht deutlich, in wie kurzer Zeit wir uns an die veränderte Normalität gewöhnt haben. Hayden sagte, bei Bush habe man noch eine gerichtliche Anordnung benötigt, um einen Terrorverdächtigen abzuhören, unter Obama benötige man nicht einmal einen Gerichtsbeschluss, um ihn zu ermorden.

Das ist nur das jüngste Beispiel für eine jahrhundertealte Unterscheidung, die die kaum noch hinterfragbare Grundlage unserer ‚westlichen Wertegemeinschaft‘ bildet. Das Muster durchzieht von den Kreuzzügen über den Kolonialismus bis heute unsere Geschichte. Wir haben uns daran gewöhnt, ‚konstruktive Blutbäder‘ - also die von ‚uns‘ angerichteten - von ‚schändlichen Blutbäder‘ - also denjenigen, die ‚unsere Feinde‘ anrichten - zu unterscheiden. Wir haben uns daran gewöhnt, dass man ‚wohlwollenden Terrorismus‘ – etwa zur Verbreitung von ‚Demokratie‘ und ‚Menschenrechten‘ - sowie ‚moralisch gerechtfertigten Terrorismus‘ - wie im Fall der Drohnenmorde - von einem ‚verdammungswürdigen Terrorismus‘ zu unterscheiden habe. Wir haben uns daran gewöhnt, dass es ‚betrauerbare‘ Opfer gibt - nämlich ‚unsere‘ Opfer - und ‚nicht-betrauerbare‘ Opfer – nämlich ‚ihre‘ Opfer – eine zutiefst anti-humane und rassistische Haltung, die durchweg den Nachrichtenwert von Terroropfern bestimmt und unsere gesamte tägliche Berichterstattung durchzieht. – Das alles sind ‚subtile‘, aber ‚notwendige‘ Differenzierungen, an die uns Medien und unsere Sozialisationssysteme - stets begleitet und unterstützt durch bereitwillige Intellektuelle - gewöhnt haben. Angesichts dieser tiefgehenden Indoktrination ist es eher überraschend, dass es immer noch Bürger gibt, die offenkundig moralisch so blind oder verblendet sind, dass sie nicht bereit sind, die Berechtigung solcher Unterscheidungen einzusehen.

13. *Die Politikwissenschaftlerin Susan George, die über „Die Strategen des Hungers“ in der Welt promovierte, ist ausgewiesene Neoliberalismuskritikerin. In einem 1999 in Bangkok gehaltenen Vortrag zur „Geschichte des Neoliberalismus“, letzteren sie als „einen der größten Raubüberfälle aller und unserer bisherigen Generationen“ bezeichnet, kommt sie zu dem Schluss, dass „gut organisierte Netzwerk-Guerillas Schlachten gewinnen können.“ (gemeint ist der Kampf gegen den TTIP-Vorläufer M.A.I.) und stellt fest: „Was uns fehlt, bisher, ist die Organisation und die Geschlossenheit.“ Aber die „Geschlossenheit“ innerhalb der Protestbewegungen (auch innerhalb der Friedensbewegung) scheint mehr als brüchig. Welche Kräfte der „Manipulationsstrategen“ wurden und werden hier zum Einsatz gebracht? Wie sind sie zu enttarnen. Wie sind sie zu überwinden? Zum Beispiel wurde die „Neue Friedensbewegung“, die sich anlässlich des Ukraine-Putsches formiert hatte, als „rechts-offen“ diffamiert und spaltete die „linken“ Lager. Cui bono?*

Das Attribut ‚rechts-offen‘ entstammt dem Propaganda-Arsenal derjenigen, die national wie international die gegenwärtige Machtverhältnisse akzeptieren und lediglich deren Folgen durch ‚moderate Reformen‘ zu lindern suchen. Sie haben daher ein Interesse, eine grundlegende Kritik zu blockieren und linke Bewegungen gleichsam von innen zu zersetzen. Wenn man für das Attribut ‚rechts-offen‘ ein passendes Anwendungsbeispiel sucht, so findet man es in der Ukraine selbst, wo sich Gruppen, die vorgaben, für ‚europäische Werte‘ zu kämpfen, systematisch mit rechtsextremen Gruppierungen verbunden haben.

Das linke Projekt - wenn man als seinen Kern den genannten Minimalkonsens eines universellen Humanismus und einer radikal demokratischen Gesellschaftsorganisation ansieht - kann so wenig ‚rechts-offen‘ sein, wie etwa Aufklärung für eine Gegenaufklärung offen sein kann. In der Sache ist das schlicht ein Widerspruch in sich. Auf der Ebene einzelner Personen oder Personengruppen hingegen ist natürlich alles möglich. Hier kann es Personen geben, die sich ‚aufgeklärt‘ nennen

und dennoch voller rassistischer Vorurteile sind, hier kann es Personen geben, die sich als überzeugte Demokraten ansehen und dennoch ihre Bewunderung für faschistische Diktatoren ausdrücken, hier kann es Personen geben, die vorgeben, ‚westlichen Werten‘ verpflichtet zu sein und sich dennoch, wie Churchill, für den Einsatz von Giftgas gegen „unzivilisierte Stämme“ aussprechen, hier kann es Personengruppen geben, die sich christlich nennen und gleichwohl den systematischen sexuellen Mißbrauch von Kindern decken. Grundsätzlich können jedoch moralische oder politische Normen nicht allein dadurch ihre Gültigkeit verlieren, dass sie durch einzelne Personen oder Personengruppen verletzt werden; vielmehr sind personale Aspekte oder Charakterdefizite von Vertretern bestimmter Normen für die Bewertung dieser Normen irrelevant.

Es liegt also in der komplexen Natur des Menschen, dass auf personeller Ebene Haltungen gleichzeitig nebeneinander auftreten können, die in der Sache völlig unvereinbar miteinander sind. Folglich kann es auch Personen geben, die sich als ‚links‘ bezeichnen und sich dennoch gleichzeitig - entweder aus Neigung oder aus mangelnder gedanklicher Durchdringung - als offen für rechtes Gedankengut zeigen. Das ist empirisch eine ziemlich banale Feststellung; aus ihr läßt sich in keiner Weise folgern, dass in der Sache das linke Projekt irgendwelche Berührungspunkte mit rechtem Gedankengut haben könnte.

Interessanterweise findet sich, zumindest meinem Eindruck nach, eine solche Vermengung von sachlichen mit personellen Aspekten vor allem auf Seiten einer ‚reformistischen Linken‘. Deren Verrat ihrer eigenen normativen Ideale muß zwangsläufig unbewußte Schuldgefühle nach sich ziehen. Die daraus wiederum resultierenden Aggressionen werden dann, unter anderem in Form von Entwertungen, gegen diejenigen gerichtet, die diesen Idealen treu sind. Möglicherweise liegt in einer solchen psychologischen Dynamik gerade die Ursache dafür, dass es vor allem ‚reformistische Linke‘ sind, die radikalere linke Bewegungen unter Verweis auf die Haltungen einzelner Personen oder Personengruppen in Diskredit zu bringen suchen.

Ihre Stichworte ‚Organisation‘ und ‚Geschlossenheit‘ sprechen in der Sache sehr wichtige Punkte an. Denn die Linke ist ganz offenkundig gegenwärtig in einem beklagenswerten Zustand, nicht nur strategisch, sondern vor allem durch Selbstzweifel hinsichtlich ihrer Identität. Bisweilen habe ich den Eindruck, dass sich eigentlich niemand mehr zu einem linken Projekt bekennen möchte – Podemos nicht und auch die LINKE nicht mehr so richtig. Diese Unsicherheit über die eigene Identität und die sich daraus ergebenden Ziele erscheinen mir als der größte Erfolg der neoliberalen Indoktrination. Bereits die Indoktrination zur Zersetzung der Idee von Klassengegensätzen und konkret zur Schwächung von Gewerkschaften, die bis in die Anfänge des vergangenen Jahrhunderts zurückreicht, war ja ausgesprochen erfolgreich. Die neoliberale Indoktrination zur Zersetzung der Identität des linken Projektes als solchem ist im Vergleich damit noch sehr viel tiefgreifender und folgenschwerer. Sie wird zudem von vielen Personen in linken Bewegungen unbemerkt und unbewußt übernommen, so dass sich der Zersetzungsprozeß nunmehr von innen vollzieht.

Diesen Zustand gilt es zunächst besser zu erkennen, um dann Strategien zu entwickeln, wie man ihn überwinden kann. Einige Ursachen hatten wir ja schon angesprochen, wie die durch die neoliberale Indoktrination geförderte ‚Privatisierung‘ des sozialen Protests durch Lifestyle- und Identitätsbewegungen oder die recht erfolgreichen Zersetzungsbemühungen von außerhalb, aber auch von innerhalb der Linken.

Das führt also noch einmal zurück zu der vorher von Ihnen angesprochenen Frage, was die Linke falsch macht. Es gibt ja eine Reihe von Punkten, die der Linken zu schaffen machen. Sie ist häufig in internen Diskursen absorbiert, die für die Bevölkerung kaum Attraktivität entfalten können. Sie verwendet in Kleinkämpfen untereinander mehr Energie auf Abgrenzungs- und Ausgrenzungsarbeit als gegen den politischen Gegner. Auch dies wirkt auf die Bevölkerung ausgesprochen abschreckend und vermag kaum Interesse zu wecken für die gesellschaftlichen Ideen der Linken. Um also eine größere Geschlossenheit zu erreichen, müssen wir uns wieder auf

einen Minimalkonsens der Inhalte und Ziele besinnen, die das linke Projekt ausmachen. Eines der Hauptprobleme gegenwärtig ist ja, dass es infolge der mittlerweile psychisch tief eingedrungenen Ideologie der Alternativlosigkeit an der treibenden Kraft attraktiver gesellschaftlicher Zielvorstellungen mangelt. Wir müssen also dringend wieder Ziele formulieren, die geeignet sind, Begeisterung und Leidenschaft auszulösen und für die es sich zu kämpfen lohnt – und nicht nur Dinge benennen, gegen die wir kämpfen.

Was die Organisationsformen betrifft, so müssen wir viel stärker die historischen Erfahrungen und auch die Gründe des Scheiterns bisheriger Organisationsformen analysieren und angemessene Schlüsse daraus ziehen. Nur auf der Grundlage bisheriger Erfahrungen werden wir in die Lage versetzt, den Menschen Organisationsformen anbieten, die politisch die gewünschte Wirkung entfalten und zu einer Re-Politisierung der Gesellschaft – wie jüngst durch Podemos in Spanien – führen. Nur durch geeignete Organisationsformen haben wir eine Chance, Menschen aus der politischen Isolation und der induzierten politischen Lethargie und Hoffnungslosigkeit zu lösen und ihnen wieder Hoffnung zu geben, dass die Dinge änderbar sind.

In den Inhalten, die wir vermitteln wollen, sollten wir viel stärker berücksichtigen, dass es ein großes Potential an Einstellungen der Bevölkerung gibt, an die wir unmittelbar anknüpfen könnten. Dieses Potential ergibt sich bereits daraus, dass wir von Natur aus mit moralischen Sensitivitäten versehen sind. Diese beziehen sich insbesondere auf natürliche Vorstellungen über den Kern dessen, was ‚Freiheit‘, ‚Zwang‘ oder auch ‚Verteilungsgerechtigkeit‘ ausmachen. Darauf hatte übrigens schon 1759 der Moralphilosoph und Begründer der klassischen Nationalökonomie Adam Smith hingewiesen, und die jüngere Kognitionsforschung hat eine Fülle von experimentellen und theoretischen Belegen hierfür gewonnen. Diese natürlichen Vorstellungen schlagen sich auch in Einstellungen der Bevölkerung nieder, von der eine große Mehrheit – ob in den USA, bei uns oder in anderen europäischen Ländern – unser Wirtschaftssystem und die daraus resultierende Eigentumsverteilung als unfair ansieht. Aus einer solchen Einschätzung ergibt sich unmittelbar, dass eine Mehrzahl einen großen, wenn nicht gar radikalen Veränderungsbedarf sieht. Jedoch ist durch die tiefgreifende und praktisch unsichtbare Indoktrination die Fähigkeit blockiert, aus dieser moralischen Einschätzung angemessene Schlußfolgerungen zu ziehen. Eigentlich haben wir also in unseren Kernthemen sehr vielversprechende Anknüpfungspunkte. Wir sind aber offensichtlich nicht in der Lage, das natürliche moralische Urteilsvermögen der Menschen und das natürliche Empörungspotential über Verletzungen elementarer moralischer Normen in sozialen Bewegungen politisch wirksam werden zu lassen.

Ein immer wieder diskutiertes strategisches Problem der Linken liegt ja darin, dass sie in ihrer Begrifflichkeit und ihren Argumentationsfiguren bisweilen stereotypen Mustern verhaftet bleibt, die wenig geeignet sind, in der Bevölkerung Resonanz auszulösen. Sie beschränkt sich oft darauf, linke Positionen einfach zu deklamieren, statt in beharrlicher Aufklärungs-Kleinarbeit zunächst die notwendigen Grundlagen für diese Positionen zu vermitteln. Wir müssen also in unseren Aufklärungsbemühungen viel stärker darauf achten, die Menschen dort abzuholen, wo sie in ihrem Wissen und mit ihren Einstellungen stehen. Wir müssen aufzeigen, dass es gangbare Wege gibt, die vom jetzigen Zustand zu einem wünschenswerteren gesellschaftlichen Zustand führen können.

In der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts spielte im linken Projekt noch die Arbeiter- und Volksbildung eine große Rolle. Das ist eine mühsame kontinuierliche Aufklärungsarbeit, die darauf zielt, in gesellschaftlichen und politischen Dingen das Wissensgefälle zwischen den Machteliten und dem Rest der Bevölkerung zu reduzieren. Dabei ist wichtig, dass sich diese Aufklärungsarbeit auch auf uns selbst - beispielsweise auf unsere Neigungen und ‚Schwachstellen‘ für Manipulationen, unsere Wissensbasis oder die Berechtigung unserer Prämissen - beziehen muß. So neigen wir dazu, in gravierender Weise die Möglichkeiten zu unterschätzen, über die Machteliten verfügen, unsere Meinungen und Gefühle zu manipulieren und soziale Protestbewegungen zu zersetzen, zu neutralisieren und auf politisch harmlose Ziele umzulenken.

Nur durch solche Aufklärungsarbeit kann überhaupt erst wieder eine Basis für die Bildung politischer Überzeugungen geschaffen werden und Stück für Stück der Indoktrination entgegengewirkt werden. Hier ist etwas weitgehend verlorengegangen, was einmal ein wesentliches Werkzeug im Werkzeugkasten des linken Projektes war.

14. *An welchem Punkt der Auseinandersetzung zwischen Aufklärung und Gegenklärung stehen wir? Was kann jede einzelne oder jeder einzelne der (scheinbaren) Übermacht der Herrschaftsapparate entgegensetzen? Welche Erkenntnisse der Psychologie können wir uns zunutze machen, um die Ängste und die daraus resultierende Abwehrhaltung vieler Menschen zu überwinden? Wie können wir der verbreiteten Tendenz zur Gesprächsverweigerung begegnen – wie der verheerenden Entwicklung, dass einst kooperierende Partner und Gruppierungen anstelle der eigentlichen Gegner sich untereinander bekriegen?*

Darauf kann es – leider – keine einfachen Antworten geben, sonst wären wir wohl gar nicht erst in die Situation gekommen, in der wir gegenwärtig sind. Es gibt aber gute Gründe für die Einschätzung, dass wir gegenwärtig in einer Zeit besonders aggressiver und politisch wirksamer Gegenklärung leben. Doch die Auseinandersetzung zwischen Kernelementen der Aufklärung und Kernelementen der Gegenklärung begleitet uns seit je und stellt einen permanenten Prozeß dar, der die Jahrhunderte durchzieht.

Schon zur Zeit der Aufklärung wurden ja deren radikalere Elemente, insbesondere die Ablehnung von Chauvinismus, Rassismus und Nationalismus, von vielen bekämpft, die sich ebenfalls als ‚Aufklärer‘ bezeichnen. Das führte dazu, dass der Begriff ‚wahre Aufklärung‘ eingeführt wurde, der jedoch ebenfalls – das ist wohl der typische Gang der Dinge beim Kampf um die öffentliche Meinung – von den Gegenklärern beansprucht wurde. Wir können also nur konsequent versuchen, die Prämissen unserer eigenen gesellschaftlichen und politischen Positionen offenzulegen und zugleich unsere eigenen Vorurteile und die Vorurteile anderer zu identifizieren. Für dieses Ziel hat uns die Aufklärung einen reichen Werkzeugkasten von Instrumenten der Ideologiekritik hinterlassen, von dem wir täglich – vor allem, wenn wir auf ideologiedurchtränkte Begriffe wie ‚Querfront‘, ‚Verschwörungstheorie‘ oder ‚Anti-Amerikanismus‘ stoßen – Gebrauch machen sollten.

Dieser eher intellektuelle Bereich einer Aufklärung ist leichter handzuhaben als der affektive, also die induzierten Ängste. Der Kapitalismus und insbesondere seine neoliberale Variante haben besonders wirksame Techniken entwickelt, individuelle Unsicherheit zu schüren und aus den daraus resultierenden Ängsten politisches Kapital zu schlagen. Dazu gehören auch Ängste vor gesellschaftlichen Veränderungen – selbst dann, wenn sie Veränderungen ungerechter und unmenschlicher Strukturen betreffen. Das ist ein großes Problem, denn selbst die Verlierer dieser Wirtschaftsordnung fühlen sich durch soziale Veränderungen und auch durch soziale Bewegungen, die auf Veränderungen zielen, bedroht. Aber auch hier gibt es letztlich keinen anderen Weg als beharrliche Aufklärung, insbesondere Aufklärung über die psychologischen Mechanismen, die politisch zur Erzeugung von Unsicherheit, Ängsten und einem Gefühl der Wirkungslosigkeit ausgenutzt werden.

Angesichts der alles durchdringenden neoliberalen und politischen Indoktrination werden wir für diese Aufklärung einen langen Atem brauchen und können nur hoffen, dass uns die Katastrophen, auf die wir ökonomisch, militärisch und ökologisch zusteuern, genügend Zeit für grundlegende Änderungen lassen. Jede einzelne und jeder einzelne kann zu einer solchen Aufklärung über die politische und gesellschaftliche Realität und über die zu ihrer Verdeckung verwendeten Instrumente der Indoktrination einen Beitrag leisten, der den eigenen Möglichkeiten und dem eigenen sozialen Wirkungsumfeld entspricht. Es muß nur der Wille und die Entschlossenheit vorhanden sein, unmenschliche gesellschaftliche Zustände zu ändern.